

Auditbericht der Beschäftigungsinitiative Objectif plein emploi liegt vor

Schlechte Nachrichten

OPE schuldet dem Staat zwischen 6,4 und 6,7 Millionen Euro

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Nach ProActif und Forum pour l'emploi ist nun die Beschäftigungsinitiative Objectif plein emploi dran. Ein Audit, das gestern der Presse zugespielt wurde, ergab: Zwischen 2005 und 2010 erhielt das OPE vom Staat zwischen 6,4 und 6,7 Millionen Euro zu viel an Subventionen. Die Vereinigung muss das Geld nun wahrscheinlich zurückzahlen. Das OPE selbst und Arbeitsminister Nicolas Schmit werden sich am Montag zum Bericht äußern.

Das OGBL-nahe OPE gehört neben ProActif und dem Forum pour l'emploi (beide LCGB-nah) zu den größten Beschäftigungsinitiativen in Luxemburg. Sie werden zu 75 Prozent vom Staat finanziert. Die öffentlichen Gelder, die für die Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden, stammen aus dem Beschäftigungsfonds.

Der Umgang mit diesen Geldern war alles andere als ehrlich und rechtschaffen, so die Schlussfolgerung der belgischen Unternehmensprüfer. Vor allem in den Krisenjahren 2008 bis 2010, als die Zahl der Arbeitslosen in Luxemburg stark anstieg, legte der OPE dem Arbeitsministerium immer höhere Abrechnungen vor. Einer der Gründe war wohl die Einstellung von zusätzlichem Personal.



Arbeitsminister Nicolas Schmit und das Objectif plein emploi selbst werden sich am Montag zu dem Audit äußern. (FOTO: GUY JALLAY)

Das OPE ist nun schon die dritte Beschäftigungsinitiative, deren Konten von einem externen Büro überprüft wurden.

Anfang des Jahres waren bei ProActif ebenfalls finanzielle Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Sie schuldeten dem Staat rund 2,3 Millionen Euro. Die Vereinigung ist dabei, ihre Restschulden zu begleichen. Das droht nun auch dem OPE.

Die Auditergebnisse von ProActif und OPE werfen ein schlechtes Licht auf die Beschäftigungsinitiativen, die den Staat jedes Jahr insgesamt rund 50 Millionen Euro

kosten. Die Unternehmensprüfer bescheinigen dem OPE einen verantwortungslosen Umgang mit den Steuergeldern. Ob das OPE überleben wird, ist fraglich. Nach Angaben der Audit-Experten kann das Überleben nur gesichert werden, wenn die Initiative zusätzliche finanzielle Mittel bekommt bzw. positive Ergebnisse einführt. Darüber hinaus müsse das OPE strikter geführt, die Konten regelmäßig kontrolliert und die Maßnahmen auf ihre Effizienz hin überprüft werden.

Dass es in einzelnen Beschäftigungsinitiativen nicht so ganz mit rechten Dingen zugeht, ist seit längerem bekannt. Das war auch der Grund, warum Arbeitsminister Nicolas Schmit die Audits in Auftrag gab.

Die Regeln wurden in der Zwischenzeit verschärft. Der Staat legt die Zahl der Arbeitslosen fest, die von den Initiativen betreut werden, und sie bestimmt die Ratio zwischen Betreuer und Betreuten. Diese liegt bei 1:5. Will eine Initiative mehr Personal einstellen, muss sie die Kosten selber tragen.

Nach dem neuen Finanzierungsmodell erhält das OPE dieses Jahr vom Staat 23,8 Millionen Euro, ProActif 16,5 Millionen und das Forum pour l'emploi 12,9 Millionen Euro. Das Auditergebnis hätte eigentlich schon Ende Mai vorliegen sollen.